

SÜDKURIER

CDU UND CSU

Kuscheln allein reicht nicht



Die Union hat lange ihre Kernkompetenzen vernachlässigt: Sicherheit und Finanzen.

VON MARTIN FERBER, BERLIN

Vor drei Jahren, im Bundestagswahlkampf 2013, war die Welt von CDU und CSU noch in Ordnung. Sie hatten eine allseits beliebte Bundeskanzlerin, die sich als besonnene Lotsin in schwierigen Zeiten präsentierte und ein Gefühl von Vertrauen und Verlässlichkeit vermittelte. Im TV-Duell reichten ihr drei einfache Worte, um für sich zu werben: „Sie kennen mich.“ Und im Wahlkampf genügte das Versprechen, dass es mit ihr keine Steuererhöhungen geben werde, um auf 41,5 Prozent der Stimmen zu kommen und vier weitere Jahre im Amt zu bleiben.

So einfach, das ist nicht nur der Bundeskanzlerin, sondern auch ihren Strategen im Kanzleramt wie im Adenauer-Haus klar, wird es im kommenden Jahr nicht mehr werden, Angela Merkel muss nach vier Jahren großer Koalition ihren Wählern mehr bieten als ein simples „Sie kennen mich“. Zumal der Union mit der AfD eine Konkurrenz rechts von ihr entstanden ist, die praktisch alles ablehnt, wofür die Merkel-CDU nach der zwölfjährigen Kanzlerschaft ihrer Vorsitzenden steht und die vor allem als Folge der Flüchtlingspolitik einen nicht versiegenden Zulauf an Wählern erhält. Alleine die Existenz der AfD zwingt CDU und CSU, sich wieder stärker inhaltlich zu positionieren.

Insofern ist es kein Zufall, dass sich binnen weniger Tage zwei gewichtige Unionsflügel zu Wort meldeten und praktisch auf eigene Faust den Wahlkampf eröffneten. Erst legte die Mittelstandsvereinigung der Union ihr Konzept für eine Steuerreform vor, die die Bürger in der nächsten Legislaturperiode um rund 30 Milliarden Euro entlasten soll, dann präsentierte Bundesinnenminister Thomas de Maizière seinen Maßnahmenkatalog zur Erhöhung der Sicherheit in Deutschland, gleichzeitig wurden die noch sehr viel weiter gehenden Forderungen seiner

Parteil Kollegen aus den Ländern bekannt. Wirtschaftsflügel und Innenpolitiker gaben damit den Tenor für den Wahlkampf der Union vor: Weniger Steuern, mehr Sicherheit!

In der Tat gibt es in beiden Bereichen gehörigen Nachholbedarf. Wirtschaftspolitik und innere Sicherheit gehören zu den Kernkompetenzen der Union, bei beiden Themenfeldern trauen ihr die Bürger am meisten zu, das Innenressort besetzt sie seit 2005, das Finanzressort seit 2009. Doch ausgerechnet in diesen beiden für das Selbstverständnis wie den Wahlerfolg von CDU und CSU so wichtigen Feldern hat die Reputation der Partei in dieser Legislaturperiode am meisten gelitten, die Defizite sind offensichtlich. In der Steuerpolitik bewegte sich nichts und herrschte unter dem eigenen Finanzminister Wolfgang Schäuble Stillstand. Und sein Kollege de Maizière war auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise sichtlich überfordert und musste erst mühsam einen Kurs finden. Auffällig auch, dass Merkel und ihre CDU bei den Steuern wie der inneren Sicherheit von Horst Seehofers CSU zum Jagen getrieben werden mussten, praktisch gab München den Kurs vor. Weil aber weder das Konzept des Wirtschaftsflügels noch die Forderungen der Länder-Innenminister mit dem Kanzleramt oder dem Adenauer-Haus abgestimmt waren, blieben sie selbst in den eigenen Reihen nicht unwidersprochen und offenbart, wie tief gespalten die Union in zentralen Fragen der Politik ist.

Die Debatten werden weitergehen, doch die Themen sind auf dem Markt. Weniger Steuern, mehr Sicherheit – Wirtschaftsflügel und Innenexperten sind in der Sommerpause vorgeprescht, um Merkel zu einem Kurswechsel zu zwingen. So wollen sie die verunsicherten Wähler zurückgewinnen, auf Distanz zur SPD wie den Grünen gehen und der AfD das Wasser abgraben. Und es ist ein Signal an die Kanzlerin. „Sie kennen mich“ und „Wir schaffen das“ reichen nicht mehr aus, mit einem Wohlfühlwahlkampf wird man 2017 nicht mehr punkten. Die CDU emanzipiert sich von Angela Merkel.

politik@suedkurier.de

ZUM TAG

GESAGT IST GESAGT

„Das Land ist nicht in einem Zustand wie ein sinkendes Schiff. Es ist noch nicht mal in einem Zustand eines schweren Orkans, sondern es sind Böen, die uns schütteln. Und es sind Böen, die die Gesellschaft auch durcheinanderbringen, ein wenig.“

Joachim Gauck, Bundespräsident, im ZDF-Sommerinterview über Deutschland in Zeiten von Flüchtlingskrise und Terrorgefahren

„Ich mag mir eine Regierungschefin nicht vorstellen, die vor das Volk tritt und sagt: ‚Wir schaffen das nicht.‘“

Joachim Gauck, Bundespräsident, über Kanzlerin Angela Merkel und ihren programmatischen Satz „Wir schaffen das“ zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

„Die Äußerungen, die sie dazu getan hat, sind nicht derart, dass man sich das nicht vorstellen kann.“

Joachim Gauck, Bundespräsident, auf die Frage, ob er an eine erneute Kanzlerkandidatur Angela Merkels im Jahr 2017 glaube

„Ich werde ein bisschen segeln, aber nicht um die Welt.“

Joachim Gauck, Bundespräsident, über die Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Amt

ZUM NACHDENKEN

Keiner will mehr Priester werden

In Deutschland lassen sich so wenige Männer wie noch nie zuvor zu katholischen Priestern weihen. Die Zahl von 58 Priesterweihen im Jahr 2015 markiert ein Allzeittief, wie aus Statistiken der Deutschen Bischofskonferenz hervorgeht. „Mit Blick auf die sinkenden Priesterweihen reagieren die Bistümer bereits seit mehreren Jahren: Ziel ist es, mit Strukturveränderungen in der Seelsorge – zum Beispiel größeren Pfarrgemeinden – auf die Situation zu reagieren“, sagt der Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Matthias Kopp. Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der Priesterweihen mehr als halbiert (2005: 122). Vor fünf Jahrzehnten waren es noch 500 (1965). Auch die Zahl der Priesteramtskandidaten geht immer mehr zurück. Teil der Lösung kann auch sein, dass Pfarrer aus anderen Ländern in Deutschland für die katholische Kirche arbeiten. In der Diözese Rottenburg-Stuttgart beträgt der Anteil ausländischer Pfarrer einer Sprecherin zufolge gut 30 Prozent. (dpa)

ONLINE HEUTE

IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 12. August
Finden Sie es richtig, dass es kein Tempolimit 120 gibt?

46,6% – Ja, eine Beschränkung wäre ein Eingriff in die Freiheit der Autofahrer.

53,4% – Nein, auf der Autobahn wird immer viel zu schnell gefahren.

Frage heute: Hat Sie Christoph Hartings Verhalten gestört?
www.suedkurier.de/umfrage

Zur Verbesserung der Druckqualität



„Wir müssen autonomer werden“

Jürgen Neuschwander fürchtet, dass die Pläne der Bundesregierung zur Bekämpfung von Cyberangriffen zu einem Kompetenzgerangel führen. Er hält es für wichtig, dass Deutschland wieder unabhängiger von amerikanischer Technik wird

Herr Prof. Neuschwander, die Bundesregierung rüstet auf. Sie will Cybercrime bekämpfen und öffentliche Einrichtungen schützen. Sitten wir eigentlich auf einer digitalen Zeitbombe?

Die Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden sollen, zeigen, dass ein verstärktes Bewusstsein für die Gefahren entstanden ist. Wir haben in diesem Bereich lange Zeit sehr wenig getan und noch viel nachzuholen. Andere Länder, wie beispielsweise die USA, sind uns da schon weit voraus. Dort hat man schon vor über 15 Jahren eine eigene Behörde eingerichtet, um auf digitale Bedrohungen besser vorbereitet zu sein.

Den Stein in Deutschland ins Rollen gebracht hat unter anderem ein Angriff im vergangenen Jahr. Hackern ist es gelungen, in das Intranet des Bundestags einzudringen. Was genau ist damals passiert?

Nach bisherigen Erkenntnissen handelte es sich dabei um eine E-Mail, die so aussah, als sei sie von der Uno an Abgeordnete verschickt worden. Denn hinter dem @-Symbol stand in der Adresse die Domain „un.org“. Die E-Mail thematisierte in der Betreff-Zeile außerdem den Ukraine-Konflikt. Sie lautete: „Ukraine conflict with Russia leaves economy in ruins“. Angehängt war ein Link zu demselben Thema auf ein sogenanntes „UN News Bulletin“.

Und diese Tarnung hat die Abgeordneten dazu bewogen, diese E-Mail zu öffnen?

Ja, und das hatte fatale Folgen. Denn mit dem Klick auf diesen Link gelangten Abgeordnete zu einer Internetseite, die die Rechner im Bundestag schlussendlich mit dem verhängnisvollen Schadcode infizierte. Schließlich sind alle Computer miteinander vernetzt und es ist den Angreifern gelungen, Administratorenrechte für die IT-Infrastruktur des Bundestags zu kapern. Etwa 20 Gigabyte Daten sollen abgeflossen sein, an acht bis neun verschiedene Orte. Wo die Daten mittlerweile liegen, wissen selbst die Experten des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nicht.

Das klingt tatsächlich dramatisch. Das hat viele Experten sicherlich wach gerüttelt.

Ich denke, dieses Ereignis war zumindest ein weiterer wichtiger Puzzlestein zu mehr Awareness, also Bewusstsein, für die Gefahrenlage. Der Vorfall hat die Bundesregierung zu einer gemeinsamen Erkenntnis bewogen: Wir müssen solchen Cyberangriffen irgendwie standhalten und auch entsprechend reagieren können. Und nun möchte man Strukturen schaffen, die dies ermöglichen.

Welche neuen Strukturen sind das denn genau?

Das Bild zeigt, dass die dem BMI zugeordneten Behörden, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das BKA und das BSI jeweils über eigene Einheiten, die Quick Reaction Forces (QRF), verfügen sollen. Diese sind heute schon teilweise existent. Die Aufgaben der einzelnen QRFs sind dem jeweiligen spezifischen Aufgabengebiet der Behörde angepasst. Je nach dem, ob es sich um geheimdienstliche Aktionen oder terroristische Angriffe, dem Sicherstellen von Daten im kriminalistischen Umfeld oder um

einen Angriff auf kritische Infrastrukturen handelt, werden die entsprechenden QRFs aktiv.

Und das sogenannte Cyber-AZ?

Das Cyber-AZ ist ein Abwehrzentrum und wirkt als Informationsknoten und Nachrichtenverteiler zu den jeweiligen angebotenen Einheiten, die im Bild dargestellt sind. Ebenfalls dem BMI zugeordnet ist im Falle von Angriffen ein nationales Computer Emergency Response Team (CERT), das als Lagezentrum agieren soll und gegebenenfalls die Einleitung von Gegenmaßnahmen beschließen kann. Die technische Expertise kann dabei vom BSI zugeliefert werden. Ebenso in Diskussion ist eine weitere Behörde, die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich, kurz Zitis. Hier sollen Fähigkeiten aufgebaut werden, die auch im Falle von breit eingesetzten Verschlüsselungstechnologien eine Analyse der übertragenen Nachrichten erlaubt.

Was halten Sie denn von dieser Neuordnung?

Die Maßnahmen sind zu begrüßen. Insbesondere der Aufbau der eben genannten „Quick Reaction Forces“ ist im Prinzip eine vernünftige Sache. Es ist jedoch zu befürchten, dass man sich durch die vielen unterschiedlichen Institutionen in ein Kompetenz-Dilemma hineinmanövriert. Denn es soll ja mindestens drei dieser Einheiten geben: eine beim Bundesamt für Verfassungsschutz, eine beim Bundeskriminalamt und eine beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Darüber hinaus soll es noch eine weitere Einheit geben, die in Form eines Lagezentrums alle anderen „Quick Reaction Forces“ koordiniert.

Weshalb ist das aus Ihrer Sicht ein Problem?

Das Problem dabei ist, dass bei einem Angriff auf ein komplexes IT-System, sagen wir die Energieversorgung, vorher niemand weiß, wer das System aus welchen Gründen attackiert. Es könn-



Jürgen Neuschwander im SÜDKURIER-Interview. BILD: OLIVER HANSER

Zur Person

Jürgen Neuschwander ist Professor für Informatik an der Hochschule Konstanz für Technik Wirtschaft und Gestaltung (HTWG) und seit über fünf Jahren Dekan der Fakultät Informatik. Aktuell beschäftigt sich Neuschwander zum Beispiel mit den Konsequenzen einer totalen Vernetzung. Hierbei treibt ihn die Frage um, ob uns womöglich eine sogenannte digitale Apokalypse drohen könnte. Der gebürtige Saarländer hat an der Technischen Universität Kaiserslautern Informationstechnik studiert, bevor er im Jahr 1988 an den Bodensee kam. Erst zu Dornier in Immenstaad, später zur EADS (heute „Airbus Group“), wo er als Leiter der Abteilung Informations- und Kommunikationssysteme an der Abwehr von Hackerangriffen auf IT-Systeme arbeitete. (sk)



Holzauge sei wachsam.... JANSON

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 • 2012 • 2014 • 2015
European Newspaper Award 2011 • 2012 • 2013 • 2014 • 2015 • 2016

Chefredakteur: Stefan Lutz
Stellvertretende Chefredakteure: Günter Ackermann, Torsten Geiling
Leitende Redakteure: Dieter Löffler, Margit Hufnagel, Sebastian Pantel
Politik und Hintergrund: Dieter Löffler;
Wirtschaft: Peter Ludäscher; **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaler; **Sport:** Raif Mittmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH, Konstanz
Geschäftsführer: Rainer Wiesner
Verlagsleitung: Michel Bieler-Loop
Anzeigen: Michael Schmierer
Vertrieb: Svenja Grampp
Zustellung: Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485
Abo-Service und Kleinanzeigen:
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000

Internet: <http://www.suedkurier.de>
<http://www.suedkurier-medienhaus.de>
E-Mail-Adressen:
redaktion@suedkurier.de
leserbriefe@suedkurier.de
service@suedkurier.de
anzeigen@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz
IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00
BIC COBADE33XXX
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180
Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 84 vom 01. 01. 2016 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.